

Stand: 08.03.2026 04:46:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9853

"Starke Kommunen - starkes Bayern - starke Heimat!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9853 vom 04.02.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9896 vom 05.02.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Starke Kommunen – starkes Bayern – starke Heimat!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Städte, Märkte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke das Fundament des Freistaates bilden. Leistungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für wirtschaftliche Stärke und Heimat vor Ort.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Freistaat seine Kommunen in herausragender Weise unterstützt. Mit einem kommunalen Finanzausgleich weit über Vorjahresniveau, durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und mit zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes sorgt Bayern für Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.

Der Landtag betont, dass Bayerns Kommunen bundesweit zu den leistungsfähigsten gehören und weiterhin erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Daseinsvorsorge tätigen. Diese Stärke ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Finanzpolitik des Freistaates und einer engen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Der Landtag sieht mit Sorge, dass die kommunale Ebene zunehmend durch zusätzliche Aufgaben und Standards belastet wird, die auf Bundesebene beschlossen werden, ohne dass der Bund dafür dauerhaft die notwendigen Finanzmittel bereitstellt. Diese Entwicklung schränkt kommunale Gestaltungsspielräume ein und gefährdet die nachhaltige Handlungsfähigkeit vor Ort.

Der Landtag bekräftigt, dass eine starke kommunale Selbstverwaltung ein Kernbestandteil der bayerischen Staatsordnung ist und nicht durch eine fortschreitende Aufgabenverlagerung ohne ausreichende finanzielle Ausstattung ausgehöhlt werden darf.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- auch weiterhin mit Nachdruck für eine dauerhaft auskömmliche finanzielle Ausstattung der bayerischen Kommunen einzutreten und den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln,

- sich auf Bundesebene weiter entschieden dafür einzusetzen, dass neue Aufgaben, Standards und Programme nur dann eingeführt werden, wenn deren Finanzierung vollständig und dauerhaft gesichert ist,
- die kommunale Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus bundespolitischen Entscheidungen zu schützen und bestehende Belastungen kritisch zu überprüfen,
- weiterhin eine starke kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und den Kommunen größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erhalten.

Begründung:

Die Kommunen sind das Rückgrat Bayerns. Sie gewährleisten Lebensqualität, Sicherheit, soziale Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen kommt ihrer Handlungsfähigkeit eine zentrale Bedeutung zu.

Der Freistaat steht fest an der Seite seiner Kommunen. Mit einem kommunalen Finanzausgleich auf historischem Höchststand sowie mit durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes schafft Bayern die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass Kommunen investieren, gestalten und ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können. Diese verlässliche Unterstützung unterscheidet Bayern positiv von vielen anderen Bundesländern.

Gleichzeitig sehen sich die Kommunen zunehmend mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert, die auf Bundesebene beschlossen werden. Neue Pflichtaufgaben, steigende Standards und befristete Programme ohne nachhaltige Finanzierung führen zu strukturellen Belastungen der kommunalen Haushalte und engen den finanziellen wie organisatorischen Handlungsspielraum der Kommunen spürbar ein. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht bei den Kommunen, sondern in einer unzureichenden Abstimmung zwischen Aufgabenübertragung und Finanzierung auf Bundesebene.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die kommunale Ebene dauerhaft zu stärken und ihre Selbstverwaltung zu schützen. Bayern setzt hier ein klares Zeichen: Starke Kommunen bedeuten ein starkes Bayern. Der Freistaat wird seine Kommunen weiterhin verlässlich unterstützen und sich zugleich entschieden dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Wer anschafft, zahlt“ endlich auch auf Bundesebene konsequent eingehalten wird.

Gerade mit Blick auf die bevorstehenden kommunalen Herausforderungen und die Kommunalwahl ist dieses klare Bekenntnis zu starken Kommunen ein wichtiges Signal an die Verantwortlichen vor Ort wie auch an die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Freistaat.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Martin Stock** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/9853

Starke Kommunen – starkes Bayern – starke Heimat!

Der Landtag stellt fest, dass die Städte, Märkte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke das Fundament des Freistaates bilden. Leistungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse, für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für wirtschaftliche Stärke und Heimat vor Ort.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Freistaat seine Kommunen in herausragender Weise unterstützt. Mit einem kommunalen Finanzausgleich weit über Vorjahresniveau, durch Verbundsatzerhöhung gestärkten Schlüsselzuweisungen und mit zusätzlichen Milliardenmitteln aus dem Sondervermögen des Bundes sorgt Bayern für Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Investitionsfähigkeit der kommunalen Ebene.

Der Landtag betont, dass Bayerns Kommunen bundesweit zu den leistungsfähigsten gehören und weiterhin erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Daseinsvorsorge tätigen. Diese Stärke ist Ausdruck einer verantwortungsvollen Finanzpolitik des Freistaates und einer engen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Der Landtag sieht mit Sorge, dass die kommunale Ebene zunehmend durch zusätzliche Aufgaben und Standards belastet wird, die auf Bundesebene beschlossen werden, ohne dass der Bund dafür dauerhaft die notwendigen Finanzmittel bereitstellt. Diese Entwicklung schränkt kommunale Gestaltungsspielräume ein und gefährdet die nachhaltige Handlungsfähigkeit vor Ort.

Der Landtag bekräftigt, dass eine starke kommunale Selbstverwaltung ein Kernbestandteil der bayerischen Staatsordnung ist und nicht durch eine fortschreitende Aufgabenverlagerung ohne ausreichende finanzielle Ausstattung ausgehöhlt werden darf.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- auch weiterhin mit Nachdruck für eine dauerhaft auskömmliche finanzielle Ausstattung der bayerischen Kommunen einzutreten und den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln,
- sich auf Bundesebene weiter entschieden dafür einzusetzen, dass neue Aufgaben, Standards und Programme nur dann eingeführt werden, wenn deren Finanzierung vollständig und dauerhaft gesichert ist,
- die kommunale Ebene im Rahmen ihrer Möglichkeiten vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus bundespolitischen Entscheidungen zu schützen und bestehende Belastungen kritisch zu überprüfen,
- weiterhin eine starke kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und den Kommunen größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erhalten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Thomas Holz

Abg. Andreas Winhart

Abg. Josef Lausch

Abg. Johannes Becher

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Stefan Frühbeißer

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Starke Kommunen - starkes Bayern - starke Heimat! (Drs. 19/9853)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Thomas Holz das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Thomas Holz (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir heute über das Thema "Starke Kommunen – starkes Bayern – starke Heimat" sprechen; denn wenn man in den vergangenen Wochen so manchen Wortbeiträgen hier im Hohen Hause aufmerksam zugehört hat, dann könnte man fast meinen, dass unsere Kommunen kurz vor dem Abgrund, kurz vor dem Kollaps stünden und auf der kommunalen Ebene nichts funktionierte.

Von der rechten Seite wird beispielsweise ein Gesetzentwurf eingebracht, der allen Ernstes vorsieht, dass Bürgermeister mit gerade mal 23 % der Wahlberechtigten aus dem Amt gekippt werden können,

(Florian Köhler (AfD): Stimmt doch gar nicht!)

weil angeblich so viele schlechte und so viele schlimme Rathauschefs vorhanden sind.

Auf der anderen Seite – bei den GRÜNEN und bei der SPD – hört man vor allen Dingen eins: Jammern, schlechtreden und pauschale Kritik am Freistaat und auch an seinen Kommunen.

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Mir geht das absolut gegen den Strich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Bild, das da gezeichnet werden soll, ist grundfalsch. Dieses Bild ist auch gefährlich. Dieses Bild untergräbt nämlich Vertrauen; Vertrauen in unsere Kommunen; Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung und Vertrauen in unsere Demokratie insgesamt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können Sie mir glauben: Ich weiß, wovon ich rede. Nach über 16 Jahren als Bürgermeister, nach 12 Jahren als stellvertretender Landrat kenne ich die Sorgen und Herausforderungen auf kommunaler Ebene ziemlich genau. Ich kenne vor allen Dingen aber auch eins: Das ist die enorme Leistungsfähigkeit unserer Kommunen, unserer Gemeinden, unserer Landkreise. Genau aus dem Grund kandidiere ich auch ganz bewusst als Landrat im schönen Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Gerade wir in Bayern können nämlich auf unsere kommunale Familie stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können mit Selbstbewusstsein sagen: Den bayerischen Kommunen geht es im bundesweiten Vergleich mit Abstand am besten, nicht deshalb, weil es bei uns keine Herausforderungen oder Probleme gibt – nein, die gibt es natürlich auch bei bayerischen Kommunen –, sondern weil der Freistaat sie besser schützt, weil der Freistaat sie besser ausstattet und weil der Freistaat sie stärker als alle anderen Bundesländer unterstützt.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das ist das Ergebnis verantwortungsvoller Landespolitik, das Ergebnis verantwortungsvoller CSU-Politik und das Ergebnis einer engen Partnerschaft zwischen Freistaat und kommunaler Ebene. Der Freistaat steht nämlich ganz besonders eng und in besonderer Weise an der Seite seiner Kommunen.

Das ist nicht bloß eine Floskel. Das habe ich als stellvertretender Landrat selber erlebt. Als im Herbst bekannt wurde, welche Hebesätze der Bezirk Oberbayern in seinem Haushalt anwenden muss, haben die oberbayerischen Landräte einen Termin

beim Ministerpräsidenten erbeten. Innerhalb von vier Tagen kam dieser Termin zustande, zusammen mit dem Finanzminister und dem Leiter der Staatskanzlei.

Was ich da als stellvertretender Landrat erlebt habe, war beeindruckend. Die drei Herren haben den Landräten drei Stunden lang zugehört, sich deren Nöte, deren Sorgen angehört und dann entsprechend gehandelt. So etwas gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch deswegen haben wir jetzt einen kommunalen Finanzausgleich mit knapp 13 Milliarden Euro auf historischem Höchststand, mit gestärkten Schlüsselzuweisungen und mit zusätzlichen 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen vom Bund. Auch das hat unser Bayerischer Ministerpräsident Markus Söder für die bayerischen Kommunen herausgehandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit diesem Finanzpaket sorgen wir jetzt für Verlässlichkeit, für Planungssicherheit und für Investitionsfähigkeit; denn so können unsere Kommunen in Bildung, in Betreuung, in Infrastruktur, in Sicherheit, in Kultur und in Daseinsvorsorge investieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus bauen die Kommunen noch Schulen, Kitas, Straßen, Feuerwehrhäuser, Pflegeeinrichtungen und vieles, vieles mehr; das alles im Übrigen mit einer Investitionsquote von über 23 % – selbstverständlich die mit Abstand höchste kommunale Investitionsquote in ganz Deutschland. Das können wir selbstbewusst feststellen, und darauf können wir auch stolz sein; denn genau das macht Bayern so lebenswert und so liebenswert, in der Stadt genauso wie im ländlichen Raum.

Deswegen können wir ohne Übertreibung von starken Kommunen und von starker Heimat sprechen. Heimat ist für uns Bayern kein Schlagwort. Heimat ist das Dorf, in dem man sich kennt, die Stadt, in der man sich begegnet, die Gemeinde, in der man füreinander einsteht. Heimat ist Tradition und Brauchtum, Vereinsleben und Ehrenamt,

Zusammenhalt und Verantwortungsgefühl. Heimat ist dieses doch ganz besondere Zusammengehörigkeitsgefühl, das unser Land so einzigartig macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sind starke Kommunen die Grundlage für ein starkes Bayern.

Lassen Sie mich bitte eines noch mal ganz deutlich sagen: Wer unsere Kommunen pauschal schlechtredet, der hat entweder keine Ahnung von der Praxis oder er verfolgt eine politische Agenda auf dem Rücken der kommunalen Ebene. Wer Bayern schlechtredet, verkennt die Leistung dieses Landes. Wer unsere Bürgermeister diskreditiert, beschädigt unsere Demokratie. Starke Kommunen bedeuten ein starkes Bayern, und ein starkes Bayern bedeutet eine liebenswerte und lebenswerte Heimat. Genau dafür stehen wir, und genau dafür kämpfen wir!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner: Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Man merkt es: Der Kommunalwahlkampf ist jetzt auch hier im Bayerischen Landtag angekommen. Ich freue mich ja, dass der Kollege Holz in Bad Tölz als Landrat kandidiert. Er ist natürlich nicht der einzige Landratskandidat hier im Raum. Aber ob er es wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir werden natürlich alles tun, damit das nicht passiert.

(Zurufe)

Wir werden sehen, was am 8. März herauskommt. Was haben wir in diesem Antrag jetzt gehört? Ich kann vorausschicken – keine Sorge, keine Panik –: Wir haben da ein paar Punkte gefunden, warum wir sogar zustimmen können. Aber jetzt seien Sie doch

mal ehrlich: Recht viel Neues war da nicht dabei. Da war ein bisschen von Heimat die Rede. Man kennt die Probleme, gerade Herr Kollege Holz, der für den Landrat in Bad Tölz – ich kann es an dieser Stelle bloß wiederholen – kandidiert.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der AfD)

Man kann es nicht oft genug wiederholen, lieber Herr Kollege. Er kennt die Probleme wirklich, sagt er. Aber in dem Antrag steht von einer Problemlösung halt leider nichts drin, zumindest nichts Konkretes. Ansonsten habe ich mir gedacht: Was bringt er jetzt, der Holz, der als Landrat in Bad Tölz kandidiert? Macht er vielleicht etwas zum Thema solide Finanzen, zum ÖPNV, zum Wohnungsbau? Bringt die CSU irgendetwas zum Bereich Soziales, ich sage jetzt mal, zu den Kitas, zu den Schulen, zu Altenheimen, zu den Kliniken, die wir alle in unseren Kommunen haben? – Nichts davon steht drin. Es steht drin: Der Landtag stellt mal wieder fest, der Landtag stellt weiter fest, der Landtag betont, der Landtag sieht mit Sorge, der Landtag bekräftigt usw. – Ich spare mir jetzt den Teil, weil dann können wir uns mal über die wichtigen Sachen unterhalten, nämlich: Die Staatsregierung wird aufgefordert. – Interessant, dass die CSU-Fraktion ihre eigene Staatsregierung mal wieder zu irgendetwas auffordert. Was steht da drin? – Wir sehen zum Beispiel, dass die auskömmliche finanzielle Ausstattung der bayerischen Kommunen auch in Zukunft wichtig sein soll.

(Michael Hofmann (CSU): Die Vorbereitung kann man vorher machen, nicht in der Plenarsitzung!)

Wie genau, haben Sie jetzt nicht geschrieben, sondern ganz allgemein. Da gebe ich Ihnen durchaus recht: Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Kommunen. Aber die Frage ist: Schütten wir noch mehr Geld immer dort hinein, oder fangen wir irgendwann mal an, darüber nachzudenken, ob zum Beispiel die Gemeinden diese Aufgaben noch erfüllen können oder gar die Kreise einspringen, ob beispielsweise die Bezirke die Landkreise entlasten können oder einige Sachen nicht mehr so überregio-

nal geregelt werden müssen und ob wir manche Sachen vielleicht an die Gemeinden zurückgeben? Das wäre mal eine ganz konkrete Sache gewesen.

Ja, die Konnexität ist wichtig. Wir wissen, dass wir von Berlin geschröpft wurden. Wer regiert da gleich wieder? Jetzt passt mal auf: Das ist nicht der Kollege Holz, weil der möchte nach Tölz. Das waren – CDU und CSU in Berlin, richtig. Ihr seid dort selber am Ruder und könnt jetzt einiges zurücknehmen, beispielsweise was den Ganztagsausbau angeht oder, ich sage es ganz bewusst, die Asylfolgekosten. Wir wissen alle: Es wird vieles ersetzt, bei der Unterbringung und allem Drum und Dran. Aber alles, was Richtung Kitas geht, alles was Richtung Schulen geht, usw.: Rott am Inn, ganz berühmt – hierzu hatten wir damals schon die Petition behandelt –, da fehlt es sogar an der Trinkwasserversorgung, um so viele Leute unterzubringen, und es fehlt auch an der Abwasserversorgung. Von dem her: Es muss sichergestellt werden, dass diese Konnexität voll durchgreift, wenn der Bund uns irgendetwas vorschreibt. Das ist an der Stelle durchaus unterstützenswert.

Von dem her, meine Damen und Herren, um es kurz zu machen: Vielleicht müssen wir das einfach ein bisschen neu denken, auch mit der ganzen kommunalen Finanzierung, dass man sich überlegt: Muss man so tief durchgreifen? Die GRÜNEN haben hier neulich wieder "brilliert" mit einem Antrag, wie das Bioessen bei der Mittagsbetreuung zusammengesetzt sein muss, usw. Das geht alles zu weit. Wir brauchen da mehr Freiheit, mehr Freiheit zum Entscheiden vor Ort.

In dem Sinn: Wählen Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie Lust und Laune haben, eine Partei, die selbstverständlich für mehr Freiheit in den Räten sorgt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wer das ist, wissen Sie ganz genau: natürlich nur die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung: Kollege Josef Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Winhart, Sie sind auch Stadtrat in der Stadt Bad Aibling.

Andreas Winhart (AfD): Jawohl!

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Eine starke Kommune bedeutet auch einen fairen und anständigen Umgang im Stadtrat, in den kommunalen Gremien. Ich zitiere aus dem Bericht des "Oberbayerischen Volksblatts" von der letzten Stadtratssitzung der Stadt Bad Aibling: "Als der Bürgermeister den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung für beendet erklärte und der Kurdirektor den Sitzungssaal verließ, rief ihm AfD-Rat Winhart noch hinterher: „Herr Jahn, Sie stehen ganz oben auf meiner Liste.“" Bitte äußern Sie sich dazu, wie Sie das gemeint haben.

Andreas Winhart (AfD): Ganz klar so, dass der Herr Jahn früher oder später seinen Job aufgeben wird, sobald wir die Möglichkeiten dazu haben. Herr Jahn ist aus unserer Sicht nicht fähig.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was für eine Liste?)

Warum, woran liegt es?

(Michael Hofmann (CSU): Typische Einschüchterungsarbeit der AfD!)

– Ganz ruhig! – Es liegt daran, dass hier Steuergelder der Stadt Bad Aibling für das Stadtjournal für wenige, für drei Parteien verwendet werden, um dort Wahlkampf machen zu können. Sieben Parteien schauen in die Röhre. Das kann es nicht ganz sein. Ich habe heute wieder eine Pressemitteilung herausgeschickt. Wir machen mit dem Thema weiter.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Welche Liste?)

Ihr seid auch Profiteure, liebe FREIE WÄHLER, genauso wie CSU und SPD.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was denn jetzt für eine Liste?)

Aber auch GRÜNE und ÖDP.

(Sanne Kurz (GRÜNE): Können Sie nicht bis drei zählen? – Weitere Zurufe)

Ich sage das ganz offen. Der Herr Kollege Jahn weiß das. Der muss weg!

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Einschüchterungsrhetorik ist das!
Nichts anderes! Darum geht es Ihnen! Sie wünschen sich die alten Zeiten zurück!
So sieht es aus! – Weitere Zurufe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Ich weiß nicht, warum es in Bad Aibling beim Herrn Jahn geht. Aber eines weiß ich gewiss: Wenn die Kommunen in Bayern Erfolg haben wollen, dann brauchen wir keine Listen, auf denen irgendwer draufsteht, sondern da brauchen wir Menschen, die Brückenbauer sind und keine Spalter! Da brauchen wir Demokraten und keine Rechtspopulisten!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Nur dann werden die Kommunen dauerhaften Erfolg haben. Ich sage Ihnen eines: So eine Rede über irgendeine Person hat in einem Bayerischen Landtag überhaupt nichts verloren! Das braucht es wirklich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Antrag rechtzeitig zum Wahlkampf. Der Kollege wollte noch mal reden, bevor er Landrat werden möchte.

(Martin Wagle (CSU): Hat er gut gemacht!)

Schauen wir mal, ob er es wird. Viele schöne Worte, kein konkreter Inhalt, das muss man wirklich sagen bei dem Antrag.

(Thomas Holz (CSU): Stimmt nicht!)

Ich bin jetzt seit 18 Jahren Stadtrat und Kreisrat. Wenn ich so einen Antrag am Montag ins Gremium mitbringe, würde ich fragen: Was hat sich jetzt durch diesen Antrag verbessert? Haben wir mehr Geld gekriegt? – Nein. Haben wir mehr Freiheit gekriegt? – Nein.

(Zurufe von der CSU)

Haben wir mehr Vertrauen gekriegt? – Auch nicht. Aber schöne Worte über starke Kommunen und starke Heimat! Seid mir nicht böse: Ihr müsst selber lachen.

(Zuruf von der CSU)

Ein Antrag, nur Verpackung, kein Inhalt, Marketing. Aber mit Politik hatte das nichts zu tun, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Ich sage nur "Igel"!)

Dann geht es um das Thema der starken kommunalen Selbstverwaltung. "Größtmögliche Gestaltungsfreiheit" steht in dem Antrag.

(Zuruf von der CSU)

Ich habe mir dann ein bisschen Gedanken gemacht: Was haben wir so entschieden im Landtag, also ihr mit der Mehrheit?

(Martin Wagle (CSU): Nur Gutes!)

Verbot von Zusatzeinnahmen, Grundsteuer C ist den Kommunen in Bayern verboten, Das hätte vielleicht gegen manche Spekulanten geholfen – in Bayern nicht. Kommu-

nale Verpackungssteuer: In anderen Ländern – Tübingen – haben wir viel weniger Einwegverpackung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Tausend Beamte mehr!)

Deswegen dürfen die Kommunen in Bayern das nicht erheben, weil: CSU-Verbot. Dann haben wir Bürokratie – wunderbares Beispiel, Herr Kollege. Wegen Ihrer Abschaffung der Spielplatzregelungen beim Wohnungsbau müssen jetzt sämtliche Kommunen in Bayern, die beim Geschosswohnungsbau einen Spielplatz oder eine Ablöse haben, eine eigene Satzung erlassen. Wir haben also eine staatliche Regelung abgeschafft, und Hunderte Kommunen müssen neue Satzungen machen.

(Michael Hofmann (CSU): Das müssen sie nicht! – Martin Wagle (CSU): Das stimmt nicht!)

Hat das die Gestaltungsfreiheit ermöglicht? – Nein!

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben gesagt, sie "müssen"!)

– Sie müssen nicht. Dann kriegen sie aber weder einen Spielplatz noch Geld. Ist das sinnvoll? – In keiner Weise!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellplatzpflichten. Ich sage es euch: Freiflächengestaltungssatzungen, Gestaltungsfreiheit – Sie haben sie abgeschafft. Sie haben die Kommunen in der Selbstverwaltung beschnitten.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich komme auf die Landratsämter zu sprechen. Staatliche Aufgaben in den Landratsämtern werden reihenweise über kommunales Geld quersubventioniert, weil man zu wenig Personal hat. Das wissen alle, die im Kreistag sitzen. Es geht um Millionen pro Jahr. Wir reden aber schön mit Worten von "finanzieller Leistungsfähigkeit" und

"Gestaltungsfreiheit". Das ist ein Dauerproblem, das bis heute nicht gelöst ist. Ein staatliches Landratsamt muss zu 100 % staatlich finanziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte über diese Themen so weitermachen. Aber eines ist mir dann aufgefallen. Es ist Wahlkampf. Man merkt es ja ganz deutlich, dass Leute für sich und ihre Partei werben wollen.

(Martin Wagle (CSU): Das merkt man auch klar an Ihrer Rede! – Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Ich habe ein Video vom Ministerpräsidenten gefunden. Er hat auf Instagram vorgestern ein Video hochgeladen. Ich zitiere ihn: "Kandidaten der CSU haben mehr Möglichkeiten, sich einzubringen, Fördermittel und Unterstützungen zu bekommen – aus München, aber auch aus Berlin." Dabei habe ich mir gedacht: Hängt ein Förderprogramm in Bayern oder im Bund wirklich vom CSU-Parteibuch ab? Haben Kandidaten der FREIEN WÄHLER oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister weniger Möglichkeiten, Geld für ihre Gemeinde zu bekommen?

(Zurufe der Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) und Martin Wagle (CSU))

Wenn das so ist, dann ist das ein richtiger Skandal. Ich kann es mir aber gar nicht vorstellen, dass es in Bayern ein Förderprogramm gibt, bei dem das CSU-Parteibuch hilft.

(Michael Hofmann (CSU): Stellen Sie doch keine Behauptungen auf!)

Meine Damen und Herren, entweder wird hier in Bayern vom Ministerpräsidenten suggeriert, wir haben Spezlwirtschaft und CSUler werden bevorteilt, oder aber – –

(Zurufe der Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) und Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

– Ja ja, ich weiß, dass das schwierig ist. – Oder aber der Ministerpräsident erzählt einfach einen ziemlichen Schmarrn in der Hoffnung, ein paar Stimmen zu generieren.

(Martin Wagle (CSU): Das ist die Interpretation eines GRÜNEN-Followers!)

Meines Erachtens ist das unanständig. So geht man nicht miteinander um. Sollte es da draußen wirklich so sein, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Gefühl haben, sie haben kein Fördergeld gekriegt, weil sie das falsche Parteibuch haben, dann rührt euch und schreibt mir. Ich gehe dem nach. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir jetzt gerade wegen der "Heimatliebe" die Tränen aus den Augen gewischt. So viel Heimatliebe. Das erdrückt einen, diese Heimatliebe. Das Schlimme ist, dass die Kommunen draußen nichts davon haben, wenn man ihre Probleme mit "Heimatliebe" zudrückt. Nein, das hilft nichts. Gar nichts hilft es!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Martin Wagle (CSU):
Doch, doch!)

Wenn ich dann so etwas höre – also das mit dem Ministerpräsidenten hat mich heute bis ins Mark erschüttert.

(Michael Hofmann (CSU): So schaust du aus!)

Ich muss wirklich sagen: Wir sind doch in keiner Bananenrepublik. Wollen wir so etwas? – Ich glaube nicht. Wir wollen das auch nicht. Dieser Dringlichkeitsantrag ist meiner Meinung nach eine Blamage. Er ist eine billige Nummer. Die Kommunalwahl steht am 8. März 2026 bevor. Dann ist das in Ordnung. Wir nehmen das dann selbstverständlich hin. Aber Sie schieben alle Verantwortung nach Berlin ab. Der Bund sei

schuld, immer der Bund. Liebe Kollegen von der CSU, ich sage Ihnen eines: Wenn Sie so weitermachen, werden Sie von Ihren Bundestagsabgeordneten nicht mehr eingeladen, wenn irgendwo Geburtstag oder sonst was ist.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Martin Wagle (CSU): Das glaube ich nicht!)

Das sage ich Ihnen. So weit treiben Sie es noch. Die Wahrheit im Freistaat sieht ganz anders aus.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Michael Hofmann (CSU): Jetzt kommen mir aber die Tränen!)

Sie sagen: Zwischen 60 oder 70 % der Bundesmittel würden an die Kommunen weitergegeben. Das klingt gut; aber die Realität sieht anders aus. Und jetzt zum Sondervermögen.

(Zuruf von der CSU)

– Damit habe ich gerechnet. – In Bayern stehen insgesamt 15,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind gerade mal 7 Milliarden Euro für die Kommunen vorgesehen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind gut 45 %. Ich glaube, vorhin habe ich gesagt: 60 oder 70 %. Wie es dann mit den 8,7 Milliarden Euro weitergeht, wissen wir noch nicht. Das bleibt völlig offen. Vielleicht erfahren wir es in den nächsten Jahren, weil es ja nicht nur für eine Wahlperiode ist, sondern für längere Zeit. 2 Milliarden Euro bleiben als Investitionsbudget für die Kommunen frei. Der Rest unterliegt dem Gängelband, dem Münchner bzw. CSU-Gängelband:

(Zuruf von der CSU)

"Wenn ihr brav seid!" – Ich hoffe, dass das nicht stimmt, was vorher gesagt worden ist.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ich hoffe auch!)

Ich kann es noch gar nicht glauben: "Wenn ihr nicht brav seid, kriegt ihr kein Geld."

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Das glaube ich nicht. Das kann ich mir in Bayern nicht vorstellen. Oder doch?

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Für uns ist eine verlässliche Finanzierung wichtig. Wir haben vorgeschlagen, dass diese 70 % oder ein großer Teil davon direkt an die Kommunen geht. Ich treffe heute noch Bürgermeister, die sagen: Liebe SPD, wann kommt denn jetzt das Geld? Ihr habt uns doch einen Brief geschrieben. Sie warten auf das Geld.

(Martin Wagle (CSU): Sie haben einen Brief geschrieben?)

– Ja freilich. Wir haben unseren Vorschlag weitergegeben. Die Menschen und die Bürgermeister haben gesagt: Das ist eine tolle Idee. Nicht Bürokratismus, nicht bitten und betteln, sondern Partner für die Gemeinden – das sollte der Freistaat sein. Ich glaube nicht, dass das, was jetzt gemacht wird, gut ist. Ich muss an dieser Stelle ganz klar sagen: Dieses Sondervermögen – ihr könnt eure Bundestagsabgeordneten loben, wenn ihr sie trifft, weil sie euch noch mögen – ist ein Riesenerfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Überall in den Kommunen ist es ein Riesenerfolg; bei den FREIEN WÄHLERN ist es kein Erfolg, weil sie es ja nicht wollen. Ich bedanke mich also bei der CSU, dass ihr die FREIEN WÄHLER gestoppt habt. Das Sondervermögen ist ein Riesenerfolg. Die Kommunen planen bereits und sind davon überzeugt, dass es jetzt aufwärts geht und es jetzt mehr Geld für Investitionen gibt. Ich glaube, dahin gehend war es sehr wichtig, was wir gemeinsam gemacht haben. Man darf den Menschen da draußen ja sagen und ihnen verraten, dass wir in Berlin gemeinsam regieren.

(Martin Wagle (CSU): Dann laden Sie uns nach Berlin ein?)

Manchmal merkt man das nicht, weil die CSU solche komischen Anträge stellt.

(Michael Hofmann (CSU): Aber Briefe rausschicken!)

Wir hoffen, dass die Kommunalwahl auch an uns vorbeigeht. Wer ein Amt erringt, dem gönne ich es. Ich war ja auch Bürgermeister, nicht nur 16, sondern 18 Jahre. Bürgermeister oder Bürgermeisterin ist ein schönes Amt.

(Martin Wagle (CSU): Großartig!)

Ich wünsche allen viel Vergnügen. Wir werden dafür sorgen, dass ihr genügend Geld habt. – Danke.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Stefan Frühbeißer für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Lassen Sie uns mal ein bisschen diesen Charakter einer Büttenrede wieder zurücknehmen. Ich glaube, die Außenwirkung, die wir dadurch erreichen, ist nicht gerade der Situation würdig, in der sich unsere Kommunen aktuell befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Wenn es so dargestellt wird, als ob wir die Kommunen nicht ausreichend unterstützen würden, muss man dazu erwähnen, dass die Kommunen bis zum Jahr 2022 erhebliche Überschüsse erwirtschaftet haben und dass die Misere dadurch entstanden ist, dass die Ausgaben insbesondere im Bereich der Sozialleistungen dramatisch gestiegen sind, ohne dass ein Ausgleich dafür geschaffen worden ist. Die Forderung nach dem Konnexitätsprinzip auf Bundeseite, so, wie es in Bayern bereits funktioniert, ist also durchaus berechtigt und legitim.

Dazu kommt weiterhin, wenn man genau betrachtet, dass der Freistaat Bayern – und das wird von allen Kommunen auf allen drei Ebenen widergespiegelt – mit immensem Aufwand unter die Arme gegriffen hat. Knapp 13 Milliarden Euro sind in den Finanzausgleich geflossen, zusätzlich 3,9 Milliarden Euro. Es wäre schön, wenn der Kollege Harry Scheuenstuhl jetzt noch hier wäre und man Anmerkungen direkt dazu adressieren könnte. 3,9 Milliarden Euro kommen aus dem Sondervermögen. Das sind Schulden. Das wird auf Pump finanziert. Diese Kosten muss die künftige Generation tragen. Unsere Vorstellung war eher, darauf zu achten, dass wir mit denjenigen Mitteln, die wir zur Verfügung haben, mit denjenigen Mitteln, die wir aus einem ausgeglichenen Haushalt generieren können, sicherstellen, dass die kommunalen Aufgaben erfüllt werden.

Wir sehen aktuell, dass es trotz der schwierigen Situationen, trotz der Einnahmeverluste, trotz massiv steigender Ausgaben im Sozialbereich, trotz massiv gestiegener Ausgaben im Personalbereich, im Bereich der Investitionen, der Baukosten usw. gelingt, für den Freistaat Bayern einen schuldenfreien Haushalt aufzustellen und gleichzeitig sicherzustellen, dass unsere Kommunen jetzt im Moment eine Situation haben, dass sie ihre Aufgaben weiterhin erfüllen können.

Aber – und jetzt komme ich zum zweiten Teil meiner Rede –: Wir machen uns Gedanken, wie es weitergeht. Für uns geht es nicht weiter wie bisher. Für uns FREIE WÄHLER geht es nicht weiter mit "Augen zu und durch", sondern für uns ist enorm wichtig – und darauf werden wir achten –, dass die Kommunen einerseits angeleitet und geführt werden, aber vor allen Dingen in Kooperation mit dem Freistaat Bayern wirtschaftlich effizient arbeiten können, dass wir Aufgaben, dass wir unnötige Bürokratie abschaffen.

Dafür haben wir bereits die wichtigen Instrumente eingeführt, mit der Enquete-Kommission, mit unzähligen Handlungsempfehlungen, die dann bewirken werden, dass wir effizienter werden. Wir fordern ganz klar eine Verwaltungs-, eine Verfahrensreform, dass wir unheimlich viele Verfahren auf den Prüfstand stellen und letztendlich dadurch

erreichen, dass sowohl das Personal als natürlich auch die finanzielle Seite entlastet werden. Das machen wir bereits mit zahlreichen Modernisierungsgesetzen, die jetzt schon umgesetzt werden. Wir warten nicht, bis im Oktober der Bericht der Enquete-Kommission vorgelegt wird, sondern es kommen jetzt schon Sitzung für Sitzung konkrete Vorschläge, die Entlastung bieten, die letztendlich dazu führen, dass wir hier Kosten einsparen.

Wir müssen uns auch eines vor Augen halten: Wir haben viele Kommunen, die in Zukunft gar nicht das Fachpersonal finden werden, es schon jetzt nicht finden. Unsere kleinen Kommunen haben jetzt schon das Problem, zum Beispiel in der IT, das entsprechende Personal zu finden. Deshalb müssen wir massiv da unterstützen, wo man in interkommunaler Zusammenarbeit diese Aufgaben löst. Aber gleichzeitig muss der Freistaat Bayern auch bayernweit Lösungen anbieten, um hier über Software, über Beschaffung usw. Möglichkeiten zu schaffen, kostengünstig zu agieren, wie wir es beispielsweise auch schon im Bereich Feuerwehrwesen mit gemeinsamen Ausschreibungen umsetzen. Mit modulartigem Bauen von Feuerwehrhäusern werden wir dafür sorgen, dass hier kostengünstig gebaut wird, dass die Kommunen Aufwand und Kosten einsparen können.

Das ist meines Erachtens der richtige Weg und nicht, irgendwo Listen zu bilden, oder, wie es so schön hieß – – Ich weiß jetzt nicht, ob ich auf die Liste komme, wenn ich sage, dass die ganze Rede eine Luftnummer war. Sie haben davon gesprochen, konkrete Vorschläge zu haben, und Sie haben dann gesagt: Aufgaben entweder nach oben, nach unten, quer oder irgendwohin verschieben. Das sind natürlich nicht die Lösungen.

Ich mache Ihnen konkrete Vorschläge. Nachdem einige Kollegen hier darauf Wert gelegt haben, wie viele Jahre sie schon kommunal tätig sind, darf ich Ihnen dazu sagen: Bei mir sind es 35 Jahre, die ich schon in kommunaler Verantwortung stehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern kann. Ich sage: interkommunale Zusammenarbeit stärken.

Ich werde auch nicht müde, ein Thema anzusprechen: die Zuschusssätze der Dorferneuerung. Wir können schwache Kommunen nicht stärken, indem wir ihnen die niedrigsten Fördersätze geben und andererseits reiche Kommunen genauso unterstützen. Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann. Wir FREIEN WÄHLER arbeiten daran und werden auch nicht nachgeben, diese Aufgaben zu lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Becher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johannes Becher (GRÜNE): Lieber Stefan Frühbeißer, zum einen gebe ich dir recht: Ich finde, der kommunale Finanzausgleich ist heuer, mit den Extramitteln, die wir für den Bezirk haben, eine wichtige, einmalige Entlastung. Wir haben in der Vergangenheit die Kommunalmilliarde gefordert, weil der Freistaat Rücklagen hat und die Kommunen zunehmend Probleme haben, die Verwaltungshaushalte auszugleichen und Mindestzuführung zu erreichen. Jetzt ist es nicht ganz die Milliarde geworden, aber fast. Es ist ein großer Kraftakt, und das finde ich gut und richtig.

Ich teile die Sorge um die langfristige Finanzierungsperspektive der Kommunen und um dieses Thema der Verwaltungsdigitalisierung. Wir waren gemeinsam mit der Enquete-Kommission in Dänemark und vorher in Schweden. Wir müssen einfach feststellen, dass wir so weit hinten dran sind, dass wir die Schnittstellen nicht sauber definiert haben und dass es keine vernünftige Gesamtstrategie für Kommunen, Freistaat und Bund gibt. Wir brauchen dazu auch den Bund. Es ist meines Erachtens eines der absoluten Schlüsselthemen, wenn wir beim Thema Entbürokratisierung und Ressourceneffizienz weiterkommen wollen, dass wir die Schnittstellen definieren und Wettbewerbe um die beste Software haben.

Wenn wir das nicht zusammenbringen, sind viele der Ideen und Diskussionen, die wir hier führen, letztlich nicht umsetzbar und scheitern am Personalmangel 2030 folgend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Ich habe jetzt eine Feststellung gehört, keine Fragen, aber ich kann natürlich dazu ausführen, dass gerade zu dem Thema unser Digitalministerium die BayernPackages aufgelegt hat, dass die Kommunen flächendeckend auf vorgefertigte Softwaresysteme zugreifen können, um ihre Aufgaben damit zu bearbeiten. Das ist ein Start, das ist ein Anfang, und das wird natürlich so weitergehen. Wenn wir so im Konsens sind, bin ich überzeugt, dass wir in Zukunft für Bayern natürlich auch hier noch viel mehr erreichen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der vorherigen Feststellungen über die Effizienz der Arbeit in Deutschland kann ich mich kurzfassen und darf nur feststellen:

Erstens. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, machen Sie sich keine Gedanken über die Wirkungen von CSU-Parteibüchern. Es hat noch nie Parteibücher der CSU gegeben. Es gibt überhaupt niemanden, der ein CSU-Parteibuch hat. Sie jagen also, wie so oft, einer Fata Morgana nach.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Zweitens. Über alle Sitzungen der Staatsregierung in den letzten Wochen, zu denen wir uns regelmäßig in den Regierungsbezirken mit den Oberbürgermeisterinnen und

Oberbürgermeistern, Landrätinnen und Landräten der jeweiligen Regionen treffen, kann ich Ihnen nur sagen, dass in jedem dieser Gespräche die Vertreter aller jeweils präsenten Parteien

(Martin Wagle (CSU): Oha!)

in der Person dieser Kommunalpolitiker, insbesondere auch die der SPD – GRÜNE gibt es da bislang keine, in Unterfranken waren wir noch nicht –, ausnahmslos die Staatsregierung gelobt haben

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

ob dieses ausgezeichneten kommunalen Finanzausgleichs,

(Martin Wagle (CSU): Bravo!)

dass das etwas zur Stärkung unserer Kommunen ist, dass das vorbildlich ist und richtungsweisend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das war ausnahmslos parteiübergreifend die Aussage all dieser Kommunalpolitiker.

Deshalb kann ich drittens nur sagen: Der vorliegende Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN ist zukunftsweisend und richtig. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Einen Moment noch bitte, Herr Staatsminister. Herr Kollege Becher bittet noch mal um das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich nehme zur Kenntnis, dass es kein CSU-Parteibuch gibt. Ihr seid wahrscheinlich digital, nehme ich an.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): So ist es, Herr Kollege! So ist es!

Johannes Becher (GRÜNE): So ist es. Und gleichzeitig war dann schon – –

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Sie haben jederzeit die Möglichkeit, zur CSU überzutreten und dieses digitale Verfahren kennenzulernen! Wir schauen uns das dann noch mal an!

Johannes Becher (GRÜNE): Wunderbar.

Herr Staatsminister, jetzt hätte ich doch bei allem Klamauk nur eine Frage: Ist es denn so, dass die digitale Mitgliedsnummer der CSU dazu führt, dass man mehr Möglichkeiten hat, Fördermittel und Unterstützungen zu bekommen, aus München und aus Berlin, wie es der Ministerpräsident in einem aktuellen Wahlkampf-Werbevideo behauptet?

(Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Unterstellung!)

Ist das eine richtige Aussage, oder ist das eine falsche Aussage? Ich glaube, dass wir einfach korrekt bleiben müssen. Ich hätte gerne eine Antwort darauf, wie das mit den Fördertöpfen im Innenministerium ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Auch da kann ich nun wiederum bei dieser wunderbaren Wortwahl bleiben: Im Innenministerium stehen keine Töpfe herum. Aber unabhängig davon kann ich Ihnen versichern, dass es in der Tat in vielen Fällen ein Ausdruck besonders hoher Klugheit und Intelligenz ist zu erkennen, dass man die beste Politik in seiner Kommune mit den Programmen der CSU verwirklichen kann. Aber selbstverständlich sind wir immer offen dafür, wenn natürlich auch Politiker anderer Parteien kluge Ideen haben. Die werden aufgeschlossen geprüft. Ich kann aber nicht bestreiten, dass mir selbstverständlich überdurchschnittlich viele kluge, aufschlussreiche und zukunftsweisende CSU-Kolleginnen und -Kollegen begegnen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das war nicht die Frage!)

– Ja, doch. Aber das ist der Maßstab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Damit ist die Aussprache geschlossen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/9853 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Gegenstimmen der SPD-Fraktion. Enthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.